

Godesberger Grundsätze für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD, April 2006

Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik darf nicht losgelöst von Gesellschaftspolitik betrachtet werden. Eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder fast ausschließlich über die Erwerbsarbeit integriert, kündigt in dem Maße ihren eigenen sozialen Grundkonsens auf, in dem sie Menschen von der Teilhabe an der Erwerbsarbeit ausschließt. Hier liegt eine der Ursachen für wachsende Alltagskriminalität, Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit. Beschäftigung ist das wichtigste wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziel, dem sich andere Ziele unterzuordnen haben. Es gilt der Grundsatz, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht der Mensch für die Wirtschaft.

Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich ein für einen Paradigmenwechsel: Weg von der auf maximalen Gewinn ausgerichteten Renditegesellschaft, hin zur Beschäftigungsgesellschaft. Nur dann werden die Eckpfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft – Stabilität der Demokratie, soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander – erfüllt bleiben. Es ist der Mittelstand, die kleinen und mittleren Unternehmen, der in Deutschland 70% der Arbeitsplätze und 80% der Ausbildungsplätze stellt. Deshalb braucht unsere Gesellschaft eine neue Kultur der Selbständigkeit, die sich am Leitbild des Gesamtverantwortung tragenden mittelständischen Unternehmers orientiert und nicht an den Shareholder-Value-Zwängen des Managers in börsennotierten Großunternehmen.

1. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich ein für eine gerechte Verteilung des verfügbaren Arbeitsvolumens. Das Solidarprinzip der Beschäftigung verlangt, dass Erwerbstätige bereit sind, zugunsten der Erwerbslosen Belastungen auf sich zu nehmen. Insbesondere werden in Zukunft Arbeitszeitverkürzungen kaum noch bei vollem Lohnausgleich erfolgen können.
2. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich ein für eine nachhaltige Stabilisierung unserer Sozialsysteme. Hierzu ist die Einbeziehung aller Einkommensarten erforderlich. Die derzeitige Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge in Prozent der Bruttolöhne stellt dabei eine gravierende Beschäftigungsbarriere dar. Sie ist kontraproduktiv zur Schaffung von Arbeitsplätzen, weil sie kapitalintensive Unternehmen bevorzugt und den Ersatz von Personal durch Kapital belohnt. Deshalb müssen Löhne und Sozialversicherungssysteme entkoppelt und letztere durch eine stärkere Steuerfinanzierung abgesichert werden.
3. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktivvermögen ein. Ziel ist es dadurch auch ein weiteres Auseinanderdriften von Arbeitseinkommen und Vermögenseinkommen zu verhindern.

4. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich dafür ein, dem Prozess des wachsenden Primats der globalen Kapitalmärkte und dem Diktat beschleunigter spekulativer Finanztransaktionen durch die internationale Vereinbarung von sozialen und ökologischen Standards entgegenzuwirken. Hier ist unter anderem die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen zu prüfen.
5. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich für eine Förderung des nachhaltigen und regionalen Wirtschaftens ein. Hierzu ist der fortdauernden Subventionierung der internationalen Warenströme entgegenzuwirken. So sind die Transportprozesse an den durch sie verursachten ökologischen Schäden angemessen zu beteiligen. Ziel ist dabei auch eine Stärkung der dezentralen Energieversorgung.
6. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich für einen Staat ein, der aktiv die Herausforderungen der Zukunft in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur sowie Umweltschutz gestalten kann. Weitere Steuersenkungen können erst dann beschlossen werden, wenn die Finanzierung durch eine Verbreiterung der Steuerbasis und Abbau von Subventionen gesichert ist. Wir wollen starke, investitionsfähige Kommunen, die Aufträge vor Ort an den Mittelstand vergeben können, und sind deshalb für eine kommunale Wirtschaftssteuer.
7. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich ein für einen besseren Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu den Finanzmärkten. Eine angemessene Versorgung des Mittelstandes mit Kreditmitteln wird nur zu sichern sein, wenn die international wettbewerbsfähige ausgewogene Bankenstruktur die Kreditversorgung besonders der kleinen und mittleren Unternehmen und Freiberufler weiterhin flächendeckend sicherstellt. Zur Stützung des Mittelstandes bedarf es einer gezielteren eigenkapitalnahen Förderung in Form von Beteiligungsfinanzierung und Investitionszulagen. Über landeseigene Förderbanken sollten Kredite auch ohne Beteiligung der Hausbanken ausgereicht werden können. Zur Förderung des Technologietransfers bedarf es der Einrichtung von seed-capital-fonds.
8. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt sich ein für eine zügige Reform des Bildungssystems, denn nur eine hohe Qualität der Bildung kann die internationale Konkurrenzfähigkeit in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft sichern. Mehr als zuvor ist Lernen ein lebenslanger Prozess, der im Kindergarten beginnt und aktiv fort dauert bis in den Ruhestand. Wir setzen uns ein für ein Bildungssystem welches nicht auf Selektion sondern auf Förderung setzt und so bestehende Chancenungleichheiten beseitigt. Hierzu gehört insbesondere die Nutzung des Vorschulbereichs für die Grundbildung, die spätestmögliche Separierung in weiterführende Schulen und der Ausbau der Ganztagsbetreuung. Die Zementierung der Länderhoheit im Bildungswesen im Zuge der Föderalismusreform ist der falsche Weg.